

Kommuniqué
der 21. Sitzung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission
für regionale und grenznahe Zusammenarbeit
Schwerin, 23. September 2010

Am 22. und 23. September 2010 fand in Schwerin die 21. Sitzung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit statt.

Beide Seiten sind sich einig, dass die Kommission und ihre Ausschüsse für regionale Zusammenarbeit, für grenznahe Zusammenarbeit und für Raumordnung wichtige Impulse für die weitere Vertiefung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit geben, da sie den Austausch zwischen allen staatlichen Ebenen in beiden Ländern fördern und den Ausbau direkter Kontakte für die regionale und lokale Zusammenarbeit ermöglichen. Die Kommission nahm den Stand der Planungen für das 20. Jubiläum der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (Deutsch-Polnischer Nachbarschaftsvertrag) sowie für den 20. Jahrestag der Partnerschaft zwischen Berlin und Warschau im Jahre 2011 mit Genugtuung zur Kenntnis und rief ihre Mitglieder auf, das Jubiläum mit weiteren geeigneten Aktivitäten zu würdigen. Dieses Ereignis sollte zum Anlass genommen werden, das im deutsch-polnischen Verhältnis auch im Bereich der regionalen und grenznahen Zusammenarbeit bisher Erreichte in Erinnerung zu rufen und diese positive Bilanz einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Besondere Erwähnung fanden die im deutsch-polnischen Kontext wichtigen Jahrestage des Warschauer Vertrages von 1970 und des Deutsch-Polnischen Grenzvertrags von 1990. Am Vorabend des 20. Jahrestages der deutschen Wiedervereinigung bekundete die deutsche Seite ihre Verbundenheit für den Beitrag Polens zur Überwindung der Teilung Deutschlands wie auch des europäischen Kontinents. Die Kommission begrüßte die weiterhin dynamische Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Die Ko-Vorsitzenden der Ausschüsse für regionale Zusammenarbeit, für grenznahe Zusammenarbeit und für Raumordnung berichteten über die Arbeit der Ausschüsse seit der letzten Kommissionssitzung. Die Kommission sprach Empfehlungen für die nächsten Deutsch-Polnischen Regierungskonsultationen aus, die für den 6. Dezember 2010 in Berlin geplant sind (s. Anlage).

Die Kommission begrüßt die Einigung auf die Vereinbarung über die Funktionsweise des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Swiecko.

Die Kommission wurde über den Stand des Entwurfs eines deutsch-polnischen Vertrags über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation an den Wasserstraßen im deutsch-polnischen Grenzgebiet (Hochwasserschutz, Abfluss- und Schifffahrtsverhältnisse) unterrichtet.

Die Kommission nahm den aktuellen Stand der Arbeiten in Bezug auf das Rahmenabkommen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Rettungsdienste zur Kenntnis. Die Kommission drückt die Hoffnung aus, dass zeitnah das Verhandlungsmandat von der polnischen Seite erteilt und eine Einigung erreicht werden kann.

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass das Bauprojekt Westliche Umgehungsstraße Stettin einen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Grenzregion, den Zugang zu Verkehrsmöglichkeiten und die Verkehrssicherheit hat.

Die Abstimmung neuer Infrastrukturprojekte in der Grenzregion erfordert eine enge Zusammenarbeit der Partner auf der Grundlage von Raumordnungsplänen und Verkehrsinfrastrukturplänen.

Die Kommission ist überzeugt, dass Erfahrungen im Bereich der grenzüberschreitenden Ausbildung von Fachkräften zur Schaffung eines offenen europäischen Ausbildungssystems beitragen werden. Mit EU-Mitteln finanzierte gemeinsame Ausbildungsprogramme sollten sowohl für Jugendliche als auch für Lehrer und Hochschullehrer von Vorteil sein. Die Kommission regt die Erarbeitung eines gemeinsamen Programms für die Ausgestaltung von Fachrichtungen an, das eine flexible Reaktion auf den Arbeitsmarktbedarf in Bezug auf die Ausbildung von Jugendlichen und Erwachsenen in beiden Ländern ermöglicht (Überschuss- und Mangelberufe).

Die Kommission befürwortet den Ausbau von Schulpartnerschaften sowie die Intensivierung des Schüler- und Lehreraustausches. Die Kommission befürwortet die Fortsetzung des freien Lehreraustausches mit dem Ziel, die berufliche Fortbildung und Lehrerpraktika in Bildungseinrichtungen beider Staaten durchzuführen. Die Kommission weist auch auf die Notwendigkeit hin, die Gleichberechtigung bei der Beschäftigung von Lehrern in beiden Ländern gemäß dem Prinzip der Gegenseitigkeit zu unterstützen und ihre Berufsabschlüsse im Einklang mit den Regeln der Europäischen Union anzuerkennen.

Die Kommission begrüßt das Auslaufen der Übergangsfristen bezüglich der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU und erachtet weitere Arbeiten an der organisatorischen Form der gemeinsamen deutsch-polnischen Beratungs- und Konsultationsstellen zugunsten der deutschen und polnischen Staatsbürger im Grenzgebiet für notwendig. Sie begrüßt daher die Diskussion im grenznahen Ausschuss sowie Initiativen zu diesem Thema mit fachlicher Beratung von Seiten deutscher und polnischer Institutionen.

Die Kommission befürwortet die weitere EU-Förderung im Rahmen der Kohäsionspolitik in der nächsten Förderperiode nach 2013. Dabei sollte ein Schwerpunkt auf der Förderung der am wenigsten entwickelten Regionen liegen. Daneben sollten angemessene Übergangsregelungen für die aus der Höchstförderung ausscheidenden Regionen gefunden werden. Schließlich sollte auch die weitere Unterstützung der übrigen Regionen bei der Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet sein. Die Kommission befürwortet eine enge Koordinierung der Kohäsionspolitik mit der Strategie Europa 2020. Sie empfiehlt, die Europäischen Strukturfonds in Zukunft noch effektiver für die Verbesserung der deutsch-polnischen interregionalen Zusammenarbeit sowie für die Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraumes zu nutzen.

Angesichts der Bedeutung der Zusammenarbeit im Netzwerk der deutsch-polnischen Partnerschaften befürwortet die Kommission zukünftig eine Erhöhung deren Finanzierung. Die Kommission spricht sich für eine Ausweitung der lokalen Kontakte im Format des Weimarer Dreiecks aus.

Die Kommission nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Vorsitzenden des Raumordnungsausschusses als Arbeitsergebnis eine Karte mit dem Titel „Entwicklung der überregionalen Verkehrsinfrastruktur in der Oder-Partnerschaft“ sowie eine darauf bezogene schriftliche Stellungnahme präsentiert haben. Die Kommission stimmt ihrer Übergabe an die im Rahmen der Oder-Partnerschaft kooperierenden Bundesländer und Woiwodschaften zu. Sie ist der Ansicht, dass die Arbeitsergebnisse des Raumordnungsausschusses die Präsentation der Projekte und Investitionen sowohl durch die zentrale als auch durch die regionale Ebene in allen Gremien der Zusammenarbeit ermöglichen. Dieser Ansatz stellt das beste Mittel zur Unterrichtung und Abstimmung aller Investitionsvorhaben zwischen beiden Seiten dar.

Beide Seiten nehmen zur Kenntnis, dass auch Innovation und Wissenschaft Hauptthemen für das dritte Gipfeltreffen der Oder-Partnerschaft sind und stellen mit Genugtuung fest, dass die Zusammenarbeit in diesem Rahmen einen wertvollen Beitrag zur gemeinsamen Entwicklung des grenznahen Raums leistet.

Die Kommission nimmt die Unterrichtung über die Verlegung der NordStream-Pipeline im Bereich der Nordansteuerung des Hafens Stettin und Swinemünde zur Kenntnis, deren Regelung für die polnische Seite von großer Bedeutung ist.

Die Kommission beschloss die Gründung eines vierten Ausschusses für Bildungszusammenarbeit. Der Ausschuss soll sich mit Lösungsansätzen sowie Konzepten beschäftigen, die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Kooperation im gesamten Bildungsbereich schaffen sollen. Dabei kommt der Förderung des Unterrichts der jeweiligen Nachbarsprache in beiden Ländern eine besondere Bedeutung zu. Die Kenntnis der Sprache des Nachbarn bleibt eine zentrale Voraussetzung für die

nachhaltige Verständigung und die Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Darüber hinaus soll der Ausschuss unterstützend wirken, um den Schüler- und Lehreraustausch zwischen Deutschland und Polen auf eine immer breitere Basis zu stellen (bisher abgestimmte Themen siehe Anlage).

Die Woiwodin der Woiwodschaft Lebusen Land unterstreicht die ausgezeichnete und modellhafte Zusammenarbeit mit dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg bei der Bewältigung des Oder-Hochwassers im Mai und Juni 2010 und bedankt sich für die geleistete Hilfe.

Die 22. Sitzung der Regierungskommission wird in der ersten Hälfte des Jahres 2011 in Polen stattfinden. Der genaue Ort und der Termin der Sitzung werden auf Arbeitsebene vereinbart.



Rolf Mafael

Botschafter
für EU-Außenbeziehungen und die
Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten
im Auswärtigen Amt

Vorsitzender des deutschen Teils der
Deutsch-Polnischen Regierungskommission
für regionale und grenznahe Zusammenarbeit



Piotr Stachaniec

Unterstaatssekretär im Ministerium
für Innere Angelegenheiten und
öffentliche Verwaltung

Vorsitzender des polnischen Teils der
Deutsch-Polnischen Regierungskommission
für regionale und grenznahe Zusammenarbeit

Anlage:

Themen des Ausschusses

Als Themen für den Ausschuss für Bildungsfragen können zunächst identifiziert werden:

I. Förderung der Sprache des Partnerlandes:

- Katalogisierung und Bewertung des aktuellen Standes des Sprachunterrichtes im jeweiligen Nachbarland;
- Konzepte zur aktiven Werbung und Popularisierung der Nachbarsprache;
- Zusammenarbeit von Stellen aus Polen und Deutschland bei der Werbung für die Nachbarsprache;

II. Zugang zum Arbeitsmarkt des Partnerlandes:

- Grundsätze der Anerkennung von Berufsabschlüssen von Lehrern aus dem jeweiligen Nachbarland;
- Gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen;
- Lehrbeschäftigung im jeweiligen Nachbarland;

III. Gemeinsame Bildungsprojekte:

- Frühbildungsprogramme und Begegnungen im Vor- und Grundschulbereich;
- Lehreraustausch und -entsendung;
- Lehrerfortbildungen zu Fachthemen;
- Kooperationskonzepte für die berufliche Bildung;
- Kooperationen von Hochschulen.

IV. Unterstützung des Jugend- und Schüleraustauschs

Aus der nicht abschließenden Aufzählung wird ersichtlich, dass es um die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für eine Anzahl von bislang nicht abschließend geklärten Fragen geht, die über den Austausch von Informationen hinausgeht. Die Aufgabenstellung ist primär praktischer Art.